

Protokoll 1.BAG Energie-Sitzung 16.-18.02.2018, Kassel – *kürzere Fassung* -

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 16. Februar 2018.....	3
Prof. Dr. Klaus Vajen, Universität Kassel: Neuere Entwicklungen zur Wärmewende.....	3
Martin Rühl: SUN + Windenergie-Perspektiven in der EEG-Ausschreibung.....	4
Präsentation	4
Diskussion:.....	5
• Schein-Bürger-Gesellschaften mit 4 Cent/kWh-Geboten auf Phantasie-Anlagen und Phantasie-Preisen gewettet	5
• direkte Vermarktung nicht besser wäre als Vergütung über das EEG	5
• Netzentgelte sollten in Abhängigkeit der genutzten Netzebenen erhoben werden, niedrige Netzentgelte für dezentrale Stromerzeugung und -verbrauch	5
Samstag, 17.02.2018.....	6
Power-to-Gas via mikrobiologischer Methanisierung	6
Länderberichte:	6
Baden-Württemberg:	6
Bayern	7
Berlin	7
Bremen.....	7
Hamburg.....	7
Hessen	8
Mecklenburg-Vorpommern.....	8
Niedersachsen.....	8
NRW	8
Rheinland-Pfalz.....	8
Sachsen	9
Schleswig-Holstein.....	9
Thüringen	9
Ausblick: BAGen Konvent Energiewende & Sektorenkoppelung 15.-17.06.2018.....	10
Harald Stengl: Vorschlag zur Einrichtung eines AK Energiemarktdesign.....	10
Wahlen BAG Sprecher*innen/Stellvertreter*innen, Kooptierte, Koordinator*innen AK Atom für den Zeitraum 02/2018 – 01/2020	10

Kooptierte:	10
Sonntag, 18. Februar 2018	11
Schwerpunkt Atompolitik Fortgang Atomausstieg und Endlagersuche	11
Sylvia Kotting-Uhl, MdB: Aktueller Stand zum Atomausstieg sowie zur Endlagersuche: Schwierigkeiten und Grüne Ansätze.....	11
Sebastian Kusche, Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE): Aktueller Stand der Bundesgesellschaft für Endlagerung.....	12
Prof. Dr. Wolf Schluchter (Beratung – Planung): Gesellschaftliches zur Endlagersuche und Atommüllendlagerung († 14.05.2018).....	12
Diskussion.....	13
Karl-Wilhelm Koch: Bericht von der Atommüllkonferenz (vom 17.02.2018)	14
Präsentation	14
Sonstiges	14
Nächstes Treffen	14

Freitag, 16. Februar 2018

Teilnehmer siehe Liste

Prof. Dr. Klaus Vajen, Universität Kassel: Neuere Entwicklungen zur Wärmewende

Referent: Institut für Thermische Energietechnik, Leiter Fachgebiet Solar- und Anlagentechnik (SAT), der Universität Kassel.

Der **Endenergieverbrauch in Deutschland** setzt sich derzeit zusammen aus 730 TWh für Raumwärme, 120 TWh für Warmwasser, 500 TWh für Prozesswärme und 560 TWh Strom.

Transformation Energiewende - Handlungsfeld Wärme

Bereitstellung von Prozesswärme aus nichtfossilen Quellen: 69% der Prozesswärme benötigt Temperaturniveau von 250°C, 21% Temperaturniveau von weniger als 100°C.

Potenzielle Einsatzgebiete für die Solarthermie in der Industrie:

- Galvanik
- Brauerei
- Bitumen-Verarbeitung
- Fleischverarbeitung
- Gas- und Regelanlage

Beispiel + Bericht von der Exkursion:

Bei einer **Gas-Regel-Anlage** wurde eine Kombination von BHKW und Solarthermie realisiert (Druckminderung führt zu Vereisung). Solarwärme ca. 3 Cent/kWh.

Beispiel Fernwärme Neubausiedlung „Zum Feldlager“ in Kassel mit 500 Wohneinheiten wurde die Fernwärme der 4. Generation realisiert:

- Vorlauftemperatur nur 40°C
- im Sommer ist die Fernwärme komplett abgeschaltet
- Trinkwassererwärmung erfolgt dezentral in den Häusern
- Wärmeerzeugung erfolgt mit Solarthermie, zentraler elektrischer Wärmepumpe (Wärmequelle 5°C) und einem Elektro-Spitzenlastkessel
- Über das Jahr wurden bei der Raumheizung 76% durch Solarwärme, 19% durch die Wärmepumpe und 5% durch den Elektro-Spitzenlastkessel gedeckt
- Bei Warmwasser + Raumheizung wurde solarer Deckungsanteil von 80% erreicht
- Energetische Gebäudesanierung führt zur Senkung Spitzenlast

Beispiel Dänemark die Solarthermie deckt den Wärmebedarf im Sommer, die KWK wird nur im Winter eingesetzt.

Forderungen: Steuern auf fossile und schnellere steuerliche Abschreibung für Projekte in der Industrie. Förderung von Konzepten in der Industrie/produzierendes Gewerbe

Martin Rühl: SUN + Windenergie-Perspektiven in der EEG-Ausschreibung

Präsentation

Referent: ehemaliger Chef der Stadtwerke Wolfhagen, jetzt Vorsitzender BBEEn (Bündnis Bürgerenergie)

Stadtwerke Union Nordhessen (SUN) ein Zusammenschluss von 6 Stadtwerken. Das Stadtwerk Wolfhagen hat das Ziel 100% erneuerbare Energien für den eigenen Versorgungsbereich erreicht.

Das **Potential für die erneuerbare Stromerzeugung auf dem Gebiet der SUN** liegt bei etwa 160% des derzeitigen Stromverbrauchs. 60% des Stromerzeugungspotentials aus der Windenergie, 14% aus der Photovoltaik. Bis 2025 soll das Ziel erreicht werden.

Der Einsatz erneuerbarer Energien hält die Wertschöpfung in der Region. Im Gegensatz zu einem externen Projektentwickler bleibt bei SUN die **8-fache Wertschöpfung in der Region**. Mehrere Stadtwerke sind zusammen mit Bürgerenergie-Genossenschaften an Windenergie- und PV-Projekten beteiligt. Die SUN-Partner haben Windenergie-Anlagen mit installierter Leistung von 100 MW. Stadtwerke Wolfhagen: 70% des Stroms leistungstreu bei Mix aus PV und Wind.

Hindernisse Ausbau:

- Im August 2017 gab es 8 Cent/kWh nach dem altem EEG. Gebote sinken dramatisch, nicht mehr auskömmlich (5,71, dann 4,28 Cent/kWh, dann 3,8 Cent/kWh). Die Realisierung findet jedoch erst nach 2020 statt. D.h. 2019 und 2020 deutlicher Einbruch bei den Windanlagen-Herstellern
- Die Realisierung der Anlagen nach 2020 ist unsicher, wie auch das Erreichen der Klimaziele
- Zum aktuellen Strompreis-Niveau können keine alten abbeschriebenen Anlagen betrieben werden, es besteht die Gefahr des Rückbaus
- hohe Pachten erschweren den Betrieb der Windenergie-Anlagen
- Verteilung der Windenergieanlagen verschlechtert sich, viele Zuschläge im Norden, wenige in Bayern und keine in Baden-Württemberg

Themen Weiterentwicklung Energiewende:

- Windstrom direkt an den Bürger liefern, weitere Identitätsbildung („mein Strom kommt aus dem Windrad, an dem ich beteiligt bin“).
- Verbrauchsnah erzeugen, statt Windenergie im Norden und PV im Süden zu konzentrieren. Regionales Denken.
- Prosuming: Strom an Nachbarn liefern. Gesplittetes Netzentgelt erforderlich. Hemmnisse für Mieterstrom abschaffen.
- Resilienz: Deutlich erhöhte Versorgungssicherheit durch dezentrale Ansätze. Schutz gegen Hackerangriffe leichter möglich als bei dezentralen Ansätzen (Mindestmenge an Strom ist dann immer da).

- Geplante HGÜ-Leitungen reichen nicht, wenn Verbrauch und Verteilung so bleibt, ohne dezentralen Ansatz erheblich mehr Leitungskapazität. Lokale Zelle soll sich alleine wiederaufbauen können.

Diskussion:

- Schein-Bürger-Gesellschaften mit 4 Cent/kWh-Geboten auf Phantasie-Anlagen und Phantasie-Preisen gewettet
- direkte Vermarktung nicht besser wäre als Vergütung über das EEG
- Netzentgelte sollten in Abhängigkeit der genutzten Netzebenen erhoben werden, niedrige Netzentgelte für dezentrale Stromerzeugung und -verbrauch
- In SH Probleme mit der geplanten Änderung Genehmigungsvorgaben, geforderte Abstand zur Wohnbebauung 600 bis 800 m ist zu hoch, Gegenwind von Bürgern zu dem geplanten Ausbau EE, mehr Bürgerenergie

Martin Rühl: Der Worst-Case ist, wenn die Windenergieanlagen von großen Akteuren vom Typ „Australischer Rentenfonds“ gebaut und betrieben werden. Schwierig kann es auch werden, wenn nur einige Landwirte die Anlagen besitzen. Die Nachbarn sind dann vielleicht neidisch. Durch Dialogarbeit und Genossenschaften bekommt man Akzeptanz. Natürlich gibt es auch im SUN-Gebiet Windenergie-Gegner.

- Die GroKo plant Sonderausschreibung mit 2 GW pro Jahr für 2 Jahre
- Nach Abschalten der Atomkraftwerke vielleicht mehr Zubau bei Wind und Solar

Martin Rühl sieht jedoch die Gefahr einer neuen Laufzeitverlängerungsdebatte. Es kommt zu einer Überarbeitung des Klimaplanes. Anfang 2019 gibt es eine neue Definition, damit später das Klimaziel erreicht wird. Die Erhöhung auf 65% erneuerbarem Strom könnte ein positives Signal sein. Vielleicht kein Deckel mehr bei der PV.

- Das Grünstromprivileg ist weg, dann auch noch EEG-Umlage auf Eigenerzeugung
- Größte Bremse verpflichtete Direktvermarktung ab 100 kW
- Das Netz wird weiter zugemacht. 8 MW könnte man einspeisen. 1,5 MW darf man aber nur einspeisen.

Martin Rühl: Kommanditgesellschaften (KG) sind eher etwas für größere Einzelbeteiligungen, unter 10.000 € pro Anleger sollte man nicht gehen. 100 Kommanditisten sind kaum noch zu händeln. Man kann bei Energie-Genossenschaften auch mit 500 € pro Person reingehen. Man bekommt dadurch mehr Akzeptanz.

Samstag, 17.02.2018

Power-to-Gas via mikrobiologischer Methanisierung

Jasmin Gleich ([MicroPyros GmbH, Straubing](#)) stellt die Pilotanlage zur mikrobiologischen Methanisierung vor.

Es wird ein der Biogasanlage nachgeschalteter separater Bioreaktor eingesetzt. Das aus der Biogasanlage austretende Gasgemisch aus CO₂ und CH₄ wird direkt dem Methanisierungsreaktor zugeführt. Das CH₄ stört den Prozess nicht. Auch CO und H₂ aus einer Biomassevergasungsanlage (mit zusätzlich H₂ aus Elektrolyse) kann methanisiert werden.

Die verwendeten Mikroorganismen stammen aus großen Tiefen aus dem Meer.

Die Anlage verfügt über einen Gesamtwirkungsgrad von 80%

Forderungen von MicroPyros:

- Im EnWG soll PtG nicht als Verbraucher definiert werden. PtG sollte von Steuern und Abgaben befreit sein.
- Einpreisung für Vermeidung von CO₂-Emissionen
- Anrechnung von EE-Methan als Biokraftstoff / erneuerbares Gas

Diskussion:

- 80% Wirkungsgrad werden angezweifelt. => die 80% beziehen sich auf die Methanisierung der Rest wird z.Z. als Abwärme abgestrahlt, kann in Zukunft (bei größeren Anlagen) genutzt werden.
- Bei einer Grafik in der Präsentation von Jasmin Gleich wurden für über Power-to-CH₄ erzeugtem Methan ohne Biogasanlage höhere kumulierte Treibhausgasemissionen angegeben als bei einer Kombination von Biogasanlage und Power-to-CH₄. Offensichtlich wurden für die Windenergie- und PV-Anlagen höhere Treibhausgasemissionen aus der Anlagenherstellung angenommen als für eine Abfallvergärungsanlage. Die Werte für die Treibhausgasemissionen lagen jedoch in beiden Fällen auf sehr niedrigem Niveau.

Länderberichte:

Baden-Württemberg:

Windenergie:

- 2017: 126 Anlagen in Betrieb gegangen, 36 beantragt, 1 genehmigt
- 2018: voraussichtlich 40 Anlagen gebaut
- 2019: keine weiteren Anlagen

Photovoltaik:

- Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens wurden nur noch 4 PV-Anlagen mit insgesamt 19,1 MWp errichtet.

Geplant ist der Bau eines 2.000 MW Erdgas-GuD-Kondensationskraftwerks südlich von Mannheim.

Bayern

Ende 2017 waren in Bayern Windenergieanlagen mit insgesamt 2493 MW installiert, davon 2017 neu zugebaut 261 MW. Mit 10-H und Ausschreibung dürfte der Ausbau der Windenergie in Bayern ab 2019 beendet sein.

Bürgerinitiativen gegen HGÜ-Trassen machen massiv Stimmung gegen Bündnis 90/Die Grünen, da diese nicht auf ihrer Seite gegen die HGÜ-Trassen kämpfen.

Atomkraftwerk Block B in Gundremmingen (Siedewasserreaktor) wurde am 31.12.2017 endgültig abgeschaltet.

Berlin

Ziel bis 2050 ist die Klimaneutrale Stadt. Durch Effizienz und mehr erneuerbare Energien soll dieses Ziel erreicht werden.

Das Braunkohlekraftwerk ist abgeschaltet. Bis spätestens 2030 erfolgt die Stilllegung der Steinkohlekraftwerke.

Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm: Geplant sind über 100 Maßnahmen, darunter ein Radwege-Ausbau.

Bremen

Klimaschutzziel 2020 wird krachend verfehlt. Nur etwa 5% Einsparung seit 1990. Die Stahlwerke werden nicht mit einbezogen. Es wird mehr Kohle zur Stromerzeugung als 1990 verbrannt.

swb AG (Stadt hat 1 Aktie, Rest ist bei EWE). Kohlekraftwerke werden trotz Verlust weiterbetrieben, weil der Sozialplan für die Mitarbeiter teurer ist als der Weiterbetrieb.

Hamburg

Divestment. Länderanleihen laut Fossil Free ohne fossile Energien.

Hamburg ist eigentlich verpflichtet, die Wärmegesellschaft zu kaufen und damit ein Kohlekraftwerk mit zu kaufen. Vattenfall will aber mehr Geld als das Wärmenetz als Hamburg dafür zahlen darf.

Neue Volksinitiative: Novelle des Klimaschutzgesetzes, wird von der Behörde informell unterstützt.

Ab 2025 keine Einspeisung und Durchleitung von Kohlewärme.

Kohlekraftwerk Wedel soll stillgelegt werden.

Hessen

Neue Landesenergieagentur

Integrierter Klimaschutzplan

85000 Straßenleuchten auf LED umgestellt.

Schülertickets für 365 € pro Jahr und Person

OB-Wahl in Frankfurt: 365 € pro Einwohner und Jahr für ein Ticket. Könnte jetzt vielleicht kommen wegen Diskussion um kostenlosen Nahverkehr.

Bürgerinitiative gegen neues Flughafen-Terminal. Bäume sollen gerodet werden für Autobahnabfahrt. Landesregierung muss es aus rechtlichen Gründen genehmigen.

Grüne Erfolge: Biohöfe, erneuerbare Energien. Biblis versucht sich jetzt in erneuerbarer Energie.

Mecklenburg-Vorpommern

Konzept für Terrorsicherheit für Atommüll-Zwischenlager in Lubmin.

Nordstream II in der Genehmigung. Verfahrensfehler gefunden. Es wird Klagen geben.

Regionalpläne: Teile Mecklenburg-Vorpommerns haben bisher kein Regionalplan.

Das Beteiligungsgesetz wirkt als Ausbaubremse.

Niedersachsen

Klimaschutzgesetz nicht mehr durchgekommen aufgrund des Wechsels einer Grünen zur CDU. Antrag zum Klimaschutzgesetz wird neu gestellt.

Monitoring: alle 2 Jahre ein Energiebericht. Erster Energiebericht ist gerade veröffentlicht worden.

NRW

Die Atomkraftwerke in Tihange stehen im Focus. Aachen hat Jodtabletten ausgegeben. Jetzt denkt auch Köln darüber nach. Die CDU will Strom aus Braunkohle an Belgien liefern.

Steinkohlebergbau läuft aus. Es gibt aber Folgekosten.

Wind: Ziele sollen beibehalten werden. Neue Abstandsregelung von 1200 m verhindert weiteren Ausbau.

Hambacher Forst: Rodungstop bis Herbst 2018. RWE ist dabei, das auszuhebeln.

Verkehrsverbände sehr schlecht vernetzt.

Rheinland-Pfalz

Ausbau von Windenergie geht weiter. Bei den Zuschlägen sieht es aber schlecht aus.

Wärmewende: Konzept zur Quartiersanierung. Programm wird zu 65% durch das BMUB und 20-30% durch die KfW finanziert, so dass die Gemeinden dann nur noch 5 bis 15% der Kosten tragen müssen. www.energieatlas.rlp.de

Sachsen

Die AfD war stärker als CDU. Ministerpräsident setzt auf Braunkohle.

Austausch mit Gewerkschaftsgrün: Es war niemand dabei, der in einem Energieunternehmen arbeitet. Bezüglich des gewerkschaftlichen Organisationsgrads gibt es große Unterschiede bei Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energien.

Schleswig-Holstein

Offshore Windkraft: Keine EEG-Vergütung. Letztes Projekt mit 8 MW-Mühlen. 2022 bis 2025 sollen 20 MW-Mühlen zum Einsatz kommen.

Onshore Windkraft: 600 bis 800 m Abstand zur Wohnbebauung. Früher waren es 400 bis 600 m. In Schleswig-Holstein werden niedrigere Windmühlen als z.B. in Bayern gebaut (150 m Höhe statt 200m und mehr wie in Bayern). In Schleswig-Holstein gibt es darüber hinaus viele Splittersiedlungen. Zurzeit etwa 300 MW Zubau pro Jahr.

Verkehr: MOIN. Ausschreibung über 51 eigenelektrische Triebwagen (d.h. Brennstoffzellen-Triebwagen). Vollständige Elektrifizierung mit Oberleitung, wo sinnvoll, sonst mit Brennstoffzelle (Alstrom).

12 Windkraftanlagen mit je 3 MW reichen zur Produktion des Wasserstoffs für die Brennstoffzellen-Triebwagen.

Thüringen

Ziele:

- -95% Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber 1990
- 1,5% Energieeinsparung pro Jahr

Die Stabilität des Stromsystems soll durch Power-to-X (PtX) aufrechterhalten werden. Der Eigenverbrauch von erneuerbarem Strom soll gefördert werden. 1% der Landfläche soll für die Energienutzung zur Verfügung stehen.

Weitere Maßnahmen:

- Ausbau des Wärmenetzes auf Basis von Biogas
- Lösung für Gebiete mit niedriger Bebauungsdichte: kalte Fernwärme
- Ladestationen für batterie-elektrische Fahrzeuge
- Klimaneutraler Gebäudebestand
- Pumpspeicher

HGÜ-Netzausbau Südlink: Es ist noch nicht klar, wo die Trasse verläuft.

Ausblick: BAGen Konvent Energiewende & Sektorenkoppelung 15.-17.06.2018

Schnittmenge von BAG Energie, BAG Verkehr; BAG Planen Bauen Wohnen ist die Sektorenkopplung. Mitglieder des Bundestags werden auch dabei sein

Beginn: Freitag ab 14:30 Uhr

Ende: Sonntag 15:00 Uhr

Ort: Kulturbahnhof im Hauptbahnhof Kassel

Harald Stengl: Vorschlag zur Einrichtung eines AK Energiemarktdesign

Harald stellt sein Konzept vor mit zahlreichen Themenstichpunkten

- Termin: Januar/Februar 2019
- Komplettes Wochenende

Nach Diskussion

Stimmungsbild:

- Abstimmung: Veranstaltung wie von Harald geplant, umsetzen: bei nur 3 ja-Stimmen abgelehnt
- Zunächst kleine Arbeitsgruppe, die die Umsetzbarkeit prüft: Große Mehrheit + für die Idee dies geblockt an einem Tag stattfinden zu lassen.

Wahlen BAG Sprecher*innen/Stellvertreter*innen, Kooptierte, Koordinator*innen AK Atom für den Zeitraum 02/2018 – 01/2020

Gewählt wurden:

Molina Gosch (Sprecherin), Ekkehard Darge (Sprecher)

Anzahl der Stellvertreter*innen: je 2 (Frauen(offene))

Stellvertreterinnen: Conny Grote-Bichoel, Carolin Schenuit

Stellvertreter: Harald Klussmeier, Fabian Czerwinsky

Kooptierte:

- Carolin Schenuit; Silvia Dörrenbecher; Martina Lammers
- Karl-Wilhelm Koch; Rainer Hinrichs-Rahlwes; Lutz Weischer
- AK Atom: Koordinator: Karl-Wilhelm Koch, Vertreter*innen: Hartwig Berger, Asta von Oppen

Sonntag, 18. Februar 2018

Schwerpunkt Atompolitik

Fortgang Atomausstieg und Endlagersuche

Sylvia Kotting-Uhl, MdB: Aktueller Stand zum Atomausstieg sowie zur Endlagersuche: Schwierigkeiten und Grüne Ansätze

a) Stand der Dinge – aktueller AKW Betrieb

Der Grund für den deutschen Einstieg in die Atomkraft war der mögliche Zugriff auf waffenfähiges Plutonium zum Bau einer eigenen Atombombe. Vor allem durch Franz Josef Strauß wurde das Atomkraftprogramm vorangetrieben.

Atomausstieg 2022: Die Frage Kohle oder Atom wird wiederkommen.

Precursor-Vorfälle sind Vorboten von Kernschmelzen. Sie werden für jedes Atomkraftwerk aufgelistet. Tihange 1 weist viele solcher Precursor-Vorfälle auf. Gundremmingen ist damit vergleichbar. Versuche zur Akteneinsicht läuft, ist aber schwierig durchzusetzen. Es droht dann der Genehmigungsentzug, wenn genauer herauskommt. Unser Ziel ist es, Gundremmingen früher als geplant stillzulegen, dazu gibt es bei Akteneinsicht Chancen.

Brokdorf und Lingen/Emsland sind Netzverstopfer und blockieren den Windstrom.

Es gibt einen Dissens zu den Restlaufzeit-Strommengen der abgeschalteten AKW Mülheim-Kärlich und Krümmel. Es geht um Laufzeitmengenübertragung auf noch laufende AKW wie Brokdorf oder um Entschädigungszahlungen (wofür wir Grünen plädieren würden. AKW Brokdorf: Ende 31.12.2021; das AKW wird seine Strommenge aber bald erzeugt haben. Brokdorf steht im Netzengpassgebiet und begrenzt den Windenergiezubau und WEA-Stromdurchleitung).

Die EU-Kommission will Klimaschutz vor allem durch Atomkraft erreichen und wirbt in osteuropäischen Ländern für die Atomkraft.

Klage von Vattenfall vor einem Handelsschiedsgericht ist immer noch offen. Es geht um 5,6Mia€. E.ON ist daran zu 40% beteiligt! Entscheidung noch in 2018 erwartet. Fehler beim Finanzierungs-Fonds für Atomkraftaltlasten (KfK) war, dass man die Firmen nicht gezwungen hat, die Klagen zurückzunehmen.

Zwischenlager:

Für die Zwischenlager laufen alle die Genehmigungen bis 2034 aus. Es wird aber 20 bis 30 Jahre dauern, bis ein neues Konzept für ein Endlager entwickelt wird und länger bevor das Endlager in Betrieb gehen wird. Daher sind weitere Zwischenlagerkonzepte nötig. Offene ist unter anderem, ob es eher wenige zentrale oder viele dezentrale Zwischenlager sein sollen. Das Langzeitverhalten von Castor-Behältern ist zudem bisher nicht sicher vorhersehbar.

b) Endlagersuche

Die grüne Bundestagsfraktion findet den beschlossenen Weg sinnvoll. Es sind viele Beteiligungsmöglichkeiten ins Gesetz gekommen. Das nationale Beratungsgremium begleitet übergeordnet die Endlagersuche. Zieljahr zur Festlegung eines Endlagerstandortes ist 2031. Dies hält Sylvia aber für sehr unrealistisch.

Sebastian Kusche, Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE): Aktueller Stand der Bundesgesellschaft für Endlagerung

Das BGE macht die Bergbauarbeiten. Es gab eine Verschmelzung verschiedener Gesellschaften. Sie hat seit Dezember 2017 nun 1800 Mitarbeiter (inklusive Leiharbeiter in Schacht Konrad). Hauptsitz ist Peine. Für die Standortauswahl alleine sollen 2018 etwa 50 Mitarbeiter beschäftigt sein.

Phasen bei der Endlagersuche:

1. Identifikation möglicher Standorte (Datensuche + Auswertung) – (hier sind wir gerade am Anfang)
2. Übertägige Erkundung
3. Untertägige Erkundung (BGE)
4. Standortentscheidung

Auswahlkriterien sollen in Mehrfachschleifen immer wieder durchgeprüft werden.

Problem: Landesämter dürfen Geodaten von priv. Unternehmen (Erdöl, Gas, Fracking etc.) nicht herausgeben, wenn diese veröffentlicht werden. Daher verläuft die erste Phase ohne Einsichtnahme der Öffentlichkeit, was nicht geht und Akzeptanzverluste bedeutet. Kritik: Man kann Dörfer enteignen, aber keine privaten Daten. Die Bundesregierung müsste nachregeln und ein Gesetz erlassen, das private Daten zur geologischen Bewertung öffentlich zugänglich macht.

Prof. Dr. Wolf Schluchter (Beratung – Planung): Gesellschaftliches zur Endlagersuche und Atommüllendlagerung († 14.05.2018)

Veröffentlichungen u.a. Kriminalromane zum Atomkomplex in Dt. u.a. „Die unheimliche Strahlkraft des Grals“

Gedanken zur Endlagersuche

1. Verpflichtung für die nachfolgenden Generationen.

Das Ende der Atomenergie bringt die Gesellschaft in eine gemeinsame Position, egal, ob man für oder gegen diese Technik war: Wie gehen wir mit dem Atommüll um? Vision nötig. Die Endlagersuche als komplexer gesamtgesellschaftlicher Suchprozesses.

2. Problembeherrschung lernen.

Ansatz mit Max Weber: „Gesinnungsethik“ (so will/sollte ich handeln) und Jonas „Verantwortungsethik“ (Verantwortung tragen).

3. Das Respektbedürfnis der Anwohner*innen

Konflikte ergeben sich aus „Respektbedürfnis“. Bürger*innen fordern Respekt vor ihrer Anwohnerschaft ein.

4. „Win-win-Prinzip“ anwenden.

Bürgerbeteiligung. Bürger müssen sagen können, was sie haben wollen, damit sie den Standort akzeptieren. Sie müssen erkennen können, dass es auch einen Gewinn für sie gibt.

5. Politischer Begriff „Heimat“.

In den Braunkohlerevieren gab es zahlreiche Dörferumsiedlungen. Da eine viele Arbeitsplätze und der „Stolz der sicheren Erzeugung von Strom“ damit verbunden war, konnten es die Umgesiedelten positiver sehen und akzeptieren. Verbindung von Heimat und Arbeit.

6. Standort-Auswahl.

Endlager-Gegner wollen auch ihre „Heimat“ verteidigen.

7. Bürgerbeteiligung ist nötig (nicht nur politisch gefordert).

Die Planer sollen Bürgeranliegen berücksichtigen, Nachteile sind zu thematisieren. Welche Höhe der Geldabfindung ist angemessen? Kompensation und Würdigung der Verantwortungsübernahme für ein Endlager vor Ort. Z.B. Arbeitsplätze vor Ort schaffen durch Ansiedlung von Instituten.

Diskussion

Bei mehreren potenziellen Endlagern: Reaktion wie in Atdorf: Bürger sind immer dagegen. Eine Beteiligung ändert daran nichts. Das Endlagergesetz bietet keine wirkliche Partizipation. Es gibt meistens nur eine Anhörung + Erörterungstermine. Natürlich kann der Bürger nicht entscheiden, ob das Endlager gebaut wird oder nicht. Bei der Partizipation geht es nicht um das „wo“, sondern nur um das „wie“.

Die Bürgerbeteiligung dient zur Sicherstellung der Qualität des Verfahrens. Die Kompensation gehört aber dazu. Die Bürger sollen sich darüber austauschen, unter welchen Umständen sie dem Endlager zustimmen. Im Vergleich zu anderen Ländern ist unser Verfahren auf einem sehr hohen Niveau. Wir dürfen uns nicht zu viel Zeit lassen vs.: Sorgfalt geht vor Schnelligkeit.

Das perfekte Endlager gibt es nicht. Der Prozess wird intern immer wieder hinterfragt, so dass man zum Zeitpunkt des Baubeginns das beste Endlager bekommt. Raushalten aus Diskussion ob Salz, Ton oder Granit. Überall gibt es Probleme. Konzentration auf das Verfahren. Die Rolle des nationalen Begleitgremiums ist entscheidend.

Es ist wichtig, grüne Kreisverbände zu schulen. Bei den erneuerbaren Energien haben wir das versäumt. Beim Endlager dürfen wir das nicht versäumen.

Karl-Wilhelm Koch: Bericht von der Atommüllkonferenz (vom 17.02.2018)

Präsentation

Bericht von der Atommüllkonferenz:

- Freimessung von Materialien aus dem Abriss von Atomkraftwerken: Freigemessener Müll muss nicht einmal auf eine Deponie. Er kann auch recycelt werden. Er enthält aber radioaktive Substanzen.
- Zwischenlager: Es gibt Beteiligungsfragen und technische Fragen
Begrüßt wird von der Bewegung, dass überhaupt Bürgerbeteiligung gibt. Kritisiert wird, dass es nur um Information geht. Träger des Verfahrens ist Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) hat sich hierzu noch nicht positiv hervorgetan.

Sonstiges

Antrag der BAG Ökologie: Papier: Die planetaren Grenzen als politisch Entscheidungsgrundlage

Abstimmung: mit 1 Gegenstimme, 3 Enthaltungen **mit Mehrheit angenommen.**

Gemeinsame Veranstaltung mit der BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik mit weiteren BAG: Forschen für den Wandel – Forschen für die Wissenschaft

Nächstes Treffen

Nächste BAG-Energie-Treffen als BAGen Konvent zur Sektorenkopplung: 15. bis 17. Juni in Kassel

Nächste BAG-Energie-Treffen: 7. bis 9. September, vielleicht in Berlin/ Ingolstadt